Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck Konto Dresden 2138. Giro Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Reichsmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter :: :: :: :: :: Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung :: :: :: :: ::

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 83 || **Montag, den 6. Juli 1925** || **77. Jahrgang**

Das Wichtigste.

Der Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen steht bevor, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Die Presse des Saargebiets fordert in einem Schreiben an den Völkerbund Freiheit der öffentlichen Meinung.

Gelsenkirchen und Recklinghausen werden am 15. Juli geräumt.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Lehrerversammlung.) Dienstag, den 7. Juli findet in Pulsnitz unter Vorsitz des Bezirksschulrates eine amtliche Versammlung der Berufsschul- und Volksschullehrer des Amtsgerichtsbezirkes statt; sie wird sich vorwiegend mit Grundschulfragen befassen. An diesem Nachmittage fällt der Unterricht aus.

Pulsnitz. (Blitzschlag.) Bei dem am Sonnabend nachmittag über unserer Gegend auftretenden schweren Gewitter schlug ein Blitz in das im Ortsteil Vollung gelegene Berndtsche Wohnhaus (Siedlung), ohne zu zünden.

— (Einreichung von Lohnzetteln.) Die Arbeitgeber haben nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen wie bisher ohne besondere Aufforderung jedoch nur noch für solche Arbeitnehmer, deren Bruttoarbeitslohn in einem Kalendervierteljahr nach Absetzung des steuerfreien Lohnbetrags den Betrag von 3000 RM überstiegen hat, binnen 10 Tagen nach Ablauf des Kalendervierteljahrs einen Lohnzettel an das für den Arbeitnehmer zuständige Finanzamt zu übersenden.

— (Scharfe Ueberwachung der Ausverkäufe.) Wie der Wirtschaftsverband mitteilt, hat das sächsische Wirtschaftsministerium schärfste Ueberwachung der Ausverkäufe und Berichterstattung über Wahrnehmung von Mißständen angeordnet. Es werden daher ganz eingehende Kontrollen und Ermittlungen angestellt werden. Angesichts dieser Tatsache und in der sicheren Voraussetzung, das dieses Beispiel auch außerhalb Leipzig und Sachsens Schule machen wird, legen wir sämtlichen Einzelhandelsfirmen dringend ans Herz, auf das Sorgfältigste und Vorsichtigste bei den diesjährigen Ausverkäufen zu verfahren. Selbst Flüchtigkeitsfehler sind unbedingt zu vermeiden, da die Gefahr besteht, daß, wenn irgendwelche Mißstände festgestellt werden, die Tendenzen obsiegen werden, die darauf abzielen, daß Ausverkaufswesen so gut wie ganz zu erdrosseln, was im Interesse eines gesunden kaufmännischen Wettbewerbs außerordentlich schädlich wäre. Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß folgende Artikel dem Ausverkauf nicht unterstellt werden dürfen: Möbel, Beleuchtungsgegenstände, Linoleum, Lederwaren, Reiseartikel, Porzellan, sowie Haus- und Küchengeräte. Diese im Einverständnis der beteiligten Fachgruppen, sowie der Warenhausgruppe getroffenen Beschränkungen im Ausverkauf sind von den organisierten Einzelhändlern unbedingt anzuerkennen.

Ohorn. (Straßenneubau.) Die Gemeinde Ohorn beabsichtigt, anläßlich eines Straßenneubaues den Pulsnitzfluß auf den Flurstücken Nr. 827 und 830 für Ohorn auf rund 40 Meter Länge zu verlegen und dort zu überbrücken. Nach dem Wassergesetz ist hierzu die Genehmigung der Amtshauptmannschaft als Wasseramt erforderlich. Es wird dies mit der Aufforderung bekanntgegeben, etwaige Einwendungen binnen zwei Wochen vom Erscheinen der Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft anzubringen.

Bautzen. (Aus dem Kirchendienst geschieden) war vor einigen Monaten der langjährige Pfarrer von Kleinbautzen, Pastor Theodor Dobrutzky, der als Führer des radikalen wendischen Flügels seinerzeit auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist. In Gemeinschaft mit Barth gehörte er dem Wendischen Nationalausschuß an. Vor einigen Monaten legte er sein Amt nieder, um in der Tschechoslowakei ein Rittergut zu übernehmen. Jetzt hat er wieder ein geistliches Amt im Kreise Hildburghausen übernommen.

Bautzen. Ein gerichtliches Nachspiel) dürfte der Tod des Schuhmachermeisters Franz Braun finden, der, wie berichtet, einer Alkoholvergiftung zum Opfer gefallen ist. Wie verlautet soll eine Wette den Anlaß zu den alkoholischen Exzeß gegeben haben, indem er sich einem hiesigen Klempnermeister gegenüber verpflichtete, zwölf Doppeldecker Kognak auszutrinken. Nach einer anderen Version soll man ihm 90prozentigen Alkohol in seine Getränke gemischt haben. Volle Klarheit wird erst der Fortgang der noch im Gange befindlichen Untersuchung bringen.

Dresden. (Auf der Spur des Doberzeiter Mörders.) Die Dresdner Kriminalpolizei teilt uns mit: Nach einer Meldung aus Greiz soll der flüchtige Mörder des Straßenoberwärters Keil in Doberzeit bei Pirna der Tischler Hugo Kahl, bestimmt am 26. Juni 1925 nachmittags in Zeulenroda gesehen worden sein und zwar soll er dort ein Stück Wegs auf dem Trittbrett eines Autos innerhalb der Stadt mitgenommen worden sein. Die Personenbeschreibung, die der betr. Kraftwagenführer erst später, nachdem der Flüchtige das Auto bereits verlassen hatte, auf einem Plakate gelesen hat, deckt sich genau mit der Kahls. Der Unbekannte hat getragen: Hellgraue Windjacke, braune Manchesterhosen, schwarze Schuhe, ob Gamaschen oder Stutzen ist fraglich, eine abgetragene graue hohe Sportmütze mit Schild (auch blaue Mütze). Er war etwa 1,70 Meter groß, schlank, hatte derbe Gesichtszüge, blasses Aussehen, hellblondes Haar, bartlos, etwas breiten Mund. Der 22jährige Täter hat ein jugendliches Aussehen und spricht Berliner Mundart. Er trug ein Paket und einen Spazierstock bei sich. Wahrscheinlich hat sich die Person in der Richtung Bayern oder Südthüringen weiterbegeben. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die Person der tschecho slowakischen Grenze zustrebt. — Nach einer anderen Meldung soll der Täter vor wenigen Tagen in Gardol (Kreis Hildesheim) gesehen worden sein. — Unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 M wird um scharfe Fahndung nach dem Täter und um sachdienliche Mitteilungen an das Kriminalamt Dresden gebeten. Das Lichtbild Kahls ist in allen polizeilichen Fahndungsblättern veröffentlicht. Bei seiner Festnahme ist Vorsicht geboten, da er Waffen bei sich trägt.

Der Streik der Bauarbeiter.

Hierzu wird von Arbeitnehmerseite mitgeteilt:

In der Nr. 80 des Pulsnitzer Tageblattes werden die Arbeiter des Baugewerbes von den Unternehmern hingestellt, als ob erstere die Schuldigen seien, daß es zu diesem Kampfe gekommen ist. Der Sachverhalt ist aber wesentlich anders. Es muß festgestellt werden, daß der Kampf entbrannt ist, weil seitens der Unternehmer auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden ist. Die Forderungen der Gewerkschaften einer Erhöhung von 30 Pfg. pro Stunde ist, zumal für den hiesigen Bezirk, durchaus nicht zu viel. Diese ist auch von den Vertretern ausführlich begründet worden. Vor allen können es die hiesigen Bauarbeiter nicht verstehen, daß sie 23 Pfg. billiger arbeiten sollen als in Dresden, wo doch nicht bestritten werden kann, daß der Bauarbeiter in Pulsnitz genau so teuer lebt als in Dresden, es sich also höchstens um die Miete handelt, die hier etwas billiger ist; dies rechtfertigt keineswegs den großen Unterschied. Es gibt auch kein anderes Gewerbe, was derartige Lohnunterschiede kennt. Es wird dann gesagt, daß die Bauarbeiterlöhne über das Maß hinausgingen, was volkswirtschaftlich verantwortet werden könne. Man redet sogar davon, daß die Löhne auf das 3fache gesteigert werden sollen. Davon kann gar keine Rede sein, denn vor dem Kriege verdiente ein Maurer bei voller Arbeitszeit wöchentlich 27,93 M, heute 34,56 M, das ist eine Erhöhung von 25 %. Daß dies unzureichend ist für einen Bauarbeiter, der im günstigsten Falle nur 3/4 Jahr Arbeit hat, und die Lebenshaltungskosten durchschnittlich um das Doppelte gestiegen, bedarf keiner weiteren Begründung. Wie man da von einer Verdreifachung der Vorkriegslöhne reden kann, bleibt ein Geheimnis der Arbeitgeber. Wie steht es nun aber mit den Forderungen der Unternehmer gegenüber dem bauenden Publikum aus? Während man sich früher mit 10 Pfg. pro Stunde Meistergebühren begnügte, verlangt man heute 40 Pfg., das ist eine Vervierfachung! Mit was ist denn das begründet? Haben vielleicht die Arbeitgeber nur höhere Ausgaben und in dieser Höhe? — Auch die Baumaterialienpreise sind über das Doppelte gestiegen. Davon wird aber nicht geredet, nur wenn der Arbeiter auch seinen Teil davon verlangt, damit er wenigstens menschenwürdig leben kann, da sind das unverschämte Forderungen. Nein, das Bauen wird wesentlich verteuert durch die hohen Materialpreise und durch die viel zu hohen Gebühren. — Auch will man mit der Forderung nach Ferien gruselig machen. Hat nicht auch der Bauarbeiter ein Recht darauf, wo doch alle andern Arbeiter welche haben? Ja, die Unternehmer haben doch schon seit 1922 in ihre Meistergebühren 1½ % für Ferien eingesetzt, oder ist das jetzt nicht mehr der Fall? Ferner wollten die Arbeiter die Arbeitszeit verkürzen. Es soll nur die bestehende Arbeitszeit festgelegt werden und zwar für unser Gebiet 48 Std., in den Großstädten allerdings auf 45½ Std. — Wenn man nun noch alledem von unmöglichen Forderungen redet, so will man damit nur die Oeffentlichkeit irreführen. Der Bauarbeiter ist Saisonarbeiter, und deshalb muß er auch etwas höheren Lohn haben als andere. Dies ist aber heute nicht der Fall, wenigstens hier in der Amtshauptmannschaft Kamenz nicht. Stehen doch die Holzarbeiter, Steinarbeiter, Maler usw. hier im Lohn höher als der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter werden jedenfalls den ihnen von den Arbeitgebern aufgedrungenen Kampf weiter führen, bis auch ihnen der gerechte Anteil aus dem Arbeitsprozeß zuteil wird.

Vor dem Abbruch der deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen.

⊙ **Paris**, 6. Juli. Havas verbreitet über die französisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen die Nachricht, daß die beiden Delegationen in einer Vollsitzung die endgültige Aufstellung der Liste vornehmen werden, damit die Stellungnahme der beiden Parteien klar zum Ausdruck komme. Nach der gleichen Agentur soll französischerseits über den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine optimistische Auffassung vorherrschen, da nur noch in vier Punkten Meinungsverschiedenheiten bestünden, namentlich was Farbstoffe und Weine anbetreffe.

Hierzu erfährt man, daß im Laufe der zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet geführten Verhandlungen sich gezeigt hat, daß noch ein großer Abstand zwischen den beiden Auffassungen besteht. Man habe sich besonders in den für den deutschen Export wichtigen Fragen noch nicht einigen können. Die französische hat der deutschen Delegation vier Listen übermittelt. Dr. Trendelenburg wird eine Besprechung mit Handelsminister Chaumet haben, bei der sich ergeben wird, ob überhaupt noch die Möglichkeit besteht, die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen und sie so rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, daß das Abkommen noch vor den beiderseitigen Parlamentsferien ratifiziert werden kann.

Deutschland, Osteuropa und die Weltlage.

⊙ **Kiel**, 6. Juli. Auf Einladung des Vereins deutscher Studenten in Kiel hielt der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hoetzsch in der Aula der Kieler Universität einen Vortrag über Deutschland, Osteuropa und die Weltlage. Der Vortragende kennzeichnete die wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit der durch den Versailler Vertrag im Osten und Süden Deutschlands entstandenen kleinen Staaten. **Polen sei ein Staat, der in seiner politischen und nationalen Zersplitterung trotzt guter wirtschaftlicher Voraussetzungen weder eine selbständige Politik noch eine eigene Volkswirtschaft zu gründen vermöchte. Redner hält eine Stärkung Polens, durch Anschluß an die Kleine Entente für ebenso unmöglich, wie die Bildung der oft besprochenen Donauföderation. Deshalb könne auch das Sechsmillionenvolk Deutschösterreichs in seiner jetzigen Form nicht bestehen bleiben. Wirtschaftliche Notwendigkeiten würden früher oder später den Anschluß an Deutschland erzwingen, auch gegen den Willen der Gegner.** Die Türkei werde erst dann in der Politik erst dann eine Rolle spielen, wenn sich das Streben Rußlands nach dem Mittelmeer und damit der alte russisch-englische Gegensatz wieder bemerkbar mache. **Aus eigener Anschauung sei dem Redner trotz der großen Mängel und Schwächen der bolschewistischen Herrschaft die Gewißheit geworden, daß Rußland ein Staat sei, mit dessen politischen Auswirkungen Deutschland und die Welt unbedingt rechnen müssen. Das Interesse an der Einstellung Rußlands sei erstmalig durch seine Verträge mit Japan und China in den Brennpunkt der Weltpolitik gerückt worden.** Dem Vorbild Japans werde Amerika folgen müssen. Durch das Eingreifen Amerikas in die europäischen Verhältnisse, das mit dem Dawes-Vertrag seinen Anfang nahm, werde die durch den Versailler Vertrag erzwungene Statistik der europäischen Verhältnisse ins Wanken kommen.

Gegen die Beschränkung der deutschen Luftschiffahrt.

⊙ **London**, 6. Juli. Die Wochenschrift „New Statesman" schreibt, **es würde schwer fallen, einen klareren Beweis der niederschmetternden Zwecklosigkeit gewisser Teile des Versailler Vertrages zu finden, als die Veröffentlichung des „abgeänderten" Planes der Beschränkungen für den Bau und die Verwendung von Luftfahrzeugen in Deutschland. Die Zeitschrift bezeichnet die neuen Bestimmungen als dazu angetan, ein Höchstmaß von Erregung mit einem Mindestmaß von Sicherheit zu verbinden. Natürlich würden sie von allen deutschen Kreisen abgelehnt werden.**